

Selbsthilfeprojekte primär am Erfahrungsaustausch interessierten Mitgliedern der lokalen deutsch-indischen Gesellschaften ausreichend Möglichkeit zur gegenseitigen Information, Anregung und Motivation.

Thomas Hoffmann, Eberhard Weber und Christian Winkle

Asiatische Werte kontra Menschenrechte Eine Tagung des Südostasien-Informationsstelle und dem Südasiabüro im Asienhaus

Spätestens seit der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien ist die Auseinandersetzung um europäische und asiatische Werte in vollem Gange. Sind Menschenrechte teilbar? Aus westlicher Sicht werden universal, für alle Bewohner dieser Erde gültige Rechte eingeklagt. Aus asiatischer Sicht, jedenfalls der der Eliten, wird dem entgegengehalten, daß es regional tiefverwurzelte Unterschiede zu respektieren gelte und dem sogenannten kollektiven Menschenrecht dem individuellen gegenüber Vorrang zu geben sei. Am Wochenende des 13. bis 15. Oktober fanden sich dazu europäische und asiatische Fachleute zu einem Streitgespräch zusammen. Im Konferenzzentrum Eringerfeld bei Geske veranstalteten die 'Südostasien-Informationsstelle' und das 'Südasiabüro' eine Tagung zum Thema "Asiatische Werte kontra Menschenrechte-Imperialismus?"

Rechthaberei war nicht gefragt. Dafür verkörperten gerade die asiatischen Teilnehmer aufgrund ihrer Herkunft und Position bereits deutlich die Vielschichtigkeit des Themas. Sulak Sivaraksa aus Thailand ließ sich nicht auf eine Diskussion ein, was denn östliche und westliche Werte seien und wie sie aus dem jeweiligen Verständnis benutzt, mißbraucht oder verfälscht werden. Für den buddhistischen Sozialkritiker aus Bangkok sind Menschenrechte im Sinne globaler Nachbarschaft für alle Bewohner dieser Erde gleich. Er kam bei seiner Botschaft ohne Soziologiebegriffe und Politikchinesisch aus. "Entwicklung in Harmonie und Kooperation" lauten seine Worte und: Good Will und Frieden. Dies hätte in der knallharten Diskussion um Politik und Wirtschaft naiv geklungen, wäre Sulak Sivaraksa nicht das lebende Beispiel für aktives Engagement, eben solche Ideale verwirklichen zu helfen. Der ehemalige Hochschulprofessor gilt als der Begründer der thailändischen Bewegung der Nichtregierungsorganisationen. Er lehnt konsumorientierte Entwicklungsmodelle ab, ist mehreren Studentengenerationen ein Vorbild, wurde wegen seiner politischen Arbeit verfolgt und wegen Majestätsbeleidigung angeklagt - und freigesprochen. Anfang Oktober wurde ihm, mit drei weiteren Sozialaktivisten, der renommierte Alternative Nobelpreis ('Right Livelihood Awards Honour Defenders of Democracy and Human Rights') zugesprochen.

Sulak Sivaraksas Vision einer freien Gesellschaft - ungeachtet ihrer geographischen Lage - fand auch bei den übrigen Referenten und Diskutanten Beifall. Aber für einen Politologen wie Dr. James Tang von der Universität Hongkong sind die internationalen Unterschiede in Geschichte, Kultur, Wirtschaft oder Politik zu groß, als daß es in dieser Ost-West-Kontroverse um Menschenrechte und Werte eindeutige Antworten geben könnte. Der analysierende Akademiker wirkte naturgemäß farblos neben einem Mann der kämpferischen Praxis wie Ravi Nair aus Indien. Nair ist Geschäftsführer des 'South Asia Human Rights Documentation Centre' (SAHRDC) in Neu Delhi, Gewerkschaftsfunktionär, war Mitarbeiter beim internationalen Sekretariat von Amnesty International und meldet

sich als Journalist immer wieder kritisch zu Wort. Für ihn gibt es keinen Gegensatz der Werte. Unter Berufung auf den gewaltfreien Widerstand eines Gandhi und der Praxis des zivilen Ungehorsams umriß er die Grundlagen seines Verständnisses von Menschenrechten und deren Verteidigung. Wenn es eine Chance gebe, Ost-West-Gräben zu überwinden, dann einzig im gegenseitigen Verstehenwollen und der Bereitschaft, voneinander zu lernen. Das traf den Nerv der Vertreter deutscher Menschenrechtsorganisationen, kirchlicher Hilfswerke und Amnesty International. Seit der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 in Wien sei eben auch deutlich geworden, wie Regierungen Asiens angebliche oder tatsächliche Werte als Instrumente benutzen, um unliebsame Kritiker in den eigenen Ländern mundtot zu machen, ihre repressiven Regime zu legitimieren und die Kritik der Menschenrechtsverletzungen aus dem Westen zurückzuweisen.

Die Tagungsteilnehmer stellten außerdem die Frage, ob es denn die vielbeschworenen asiatischen Werte angesichts der rasanten Veränderungen gerade in Süd- und Südostasien überhaupt noch gebe. Peter Franke von der Südostasien-Informationsstelle im Asienhaus Essen als Mitveranstalter: "Im Kern steckt in der Debatte eine beträchtliche Diskussion über kulturelle und menschliche Werte und ihre Bedingtheit durch unterschiedliche kulturelle Traditionen und Religionen. Zweifellos ist das 20. Jahrhundert vom Eurozentrismus bestimmt. Die Arroganz dieser Haltung wurde und wird zu Recht von vielen Menschen asiatischen Hintergrunds angegriffen." Aber wenn es heute um internationale Konferenzen und Verträge gehe, dann gehöre es schon zum Ritual, Menschenrechte einzufordern - in China, Indonesien, Malaysia, Iran beispielsweise - und nach der Zurückweisung durch asiatische Politiker zur Tagesordnung der eigentlichen Geschäftsabschlüsse zu kommen. Farish A. Noor, Politologe aus Malaysia und Autor einer vergleichenden Untersuchung zur Menschenrechtssituation verschiedener Länder für das 'Institute of Strategic and International Studies' (ISIS) brachte es auf den Punkt. "Es gibt keinen Konflikt um Werte und Rechte. Es gibt einen Konflikt der Interessen."

Rüdiger Siebert

SAARC-Seminar in Göttingen

"Reintegration in Asien - wie beeinflußt die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Südostasien die Rückkehr?", so lautete das Thema eines Wochenendseminars des 'Arbeitskreises Afrikanisch-Asiatischer Akademikerinnen und Akademiker' (AASF) vom 13. bis 15. Oktober, zu dem auch die Botschafter aus den fünf südasiatischen Nationen Bangladesh, Indien, Pakistan, Nepal und Sri Lanka eingeladen waren. In der über 20-jährigen Geschichte der AASF e.V. und des Arbeitskreises war es das erste Mal, daß solche politische Prominenz gleichzeitig anreiste, um Begrüßungsansprachen zu halten. Die Botschafter kamen auch mit den Anwesenden aus deren jeweiligen Ländern ins Gespräch und diskutierten verschiedene Probleme wie Einreisevisa in Heimat- und Drittländern und berufliche Eingliederung im Heimatland nach dem Studium in Deutschland. Sie gaben auch Informationen über die aktuelle ökonomische und politische Lage in ihren Heimatländern.

Schwerpunkt der Veranstaltung, an der sich 40 Teilnehmer beteiligten, war eine Diskussion der verschie-

denen Aspekte der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen regionalen Zusammenarbeit in Südasien vor allem im Rahmen der 'South Asia Association of Regional Cooperation' (SAARC). Detaillierte Informationen zum Seminarablauf und den Inhalten können angefordert werden beim AASF: Fax: 0551-377065.

Deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit im Wandel

Die deutsch-indische Entwicklungszusammenarbeit befindet sich derzeit im Wandel. Zu dieser Erkenntnis gelangten Indienexperten und Wirtschaftsfachleute während eines Wochenendseminars über Inhalte, Defizite und Perspektiven der deutsch-indischen Entwicklungszusammenarbeit, das kürzlich in Mülheim an der Ruhr stattfand.

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Indien und Deutschland nimmt jeweils eine relativ bedeutende Stellung ein: Indien ist der größte Empfänger deutscher Entwicklungshilfe, Deutschland die zweitgrößte Geberration in Indien. Im Jahr 1995 belaufen sich die Bonner Gelder für finanzielle Zusammenarbeit auf 300 Millionen DM. Hinzu kommen weitere 40 Millionen für die technische Zusammenarbeit und 60 Millionen zur Förderung von Projekten deutscher Nichtregierungsorganisationen in Indien. Die Gesamtzusammenwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr jedoch zurückgegangen.

Neben dieser staatlichen Entwicklungshilfe wurden 1994 Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft in Indien in Höhe von 284,7 Millionen DM genehmigt. Allerdings wurden nur 98 Millionen DM tatsächlich investiert. Beim Vergleich dieser Zahlen mit den gesamten Aufwendungen in Indien ergab sich eine kontroverse Diskussion zwischen deutschen Teilnehmern und in Deutschland lebenden Indern. So beträgt laut Heinrich Dehn, Indienreferent des BMZ, die staatliche Entwicklungshilfe der Bundesrepublik nur 0,6 Prozent der gesamten indischen Entwicklungsinvestitionen. Demgegenüber machen die Direktinvestitionen der deutschen Wirtschaft, laut Ingrid Ankirchner, Siemens-Sprecherin, nur etwa sechs Prozent aller Auslandsinvestitionen in Indien aus. In Deutschland lebenden Inder hinterfragten daraufhin kritisch, weshalb Deutsche so wenig Entwicklungshilfe geben bzw. wenig investieren. "India is business, but business not as usual", war die Antwort von Frau Ankirchner. Die erforderliche Infrastruktur, politisch wie wirtschaftlich, läßt noch einiges zu wünschen übrig und erlaubt u.a. keine rasche Amortisierung von Investitionen. Als weitere Entwicklungshemmnisse wurden auch Protestbewegungen gegen ausländische Firmen wie Coca-Cola, McDonalds, und kommunalistische Unruhen in Indien genannt, die manche deutsche Investoren noch abwarten lassen. Rajan Malviya, Unternehmensberater u.a. für Volkswagen, Mercedes-Benz, Siemens-Nixdorf, setzte dem entgegen, daß es nicht auf "die Quantität des Geldes [...], sondern auf die Qualität der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit" ankommt.

Häufig sind auch die politischen Rahmenbedingungen ungünstig für die Bereitstellung sinnvoller Entwicklungsprojekte. So wurde auf den Wunsch der indischen Regierung nach deutscher Unterstützung für die Wasser- und Energieversorgung hingewiesen. Hierbei wurden aber strukturelle Diskrepanzen aufgedeckt, wenn einerseits die staatliche Subventionspolitik Industriebetrieben Rabatte von bis zu 35 Prozent auf die Energiepreise gewährt oder Wasser sogar ko-

stenlos abgibt, andererseits aber die ländliche Bevölkerung zunehmend für ihr Wasser bezahlen muß.

Die Soziologin Hildegard Scheu stellte auch die Angemessenheit des wachstumsorientierten, technokratischen Entwicklungskonzepts in Frage, da es einseitig die Produktion fördere, aber keine gerechte Verteilung gewährleistet: Nicht nur Wohlstand, sondern auch das Wohlbefinden des Einzelnen sei wichtig. Die Wirtschaftsreformen kommen demnach nur einem Viertel der Bevölkerung zugute, während die restlichen drei Viertel, die ländliche Bevölkerung, daraus keinen Nutzen ziehen. Ihrer Lebensgrundlage, die Subsistenzwirtschaft, wird durch die Geldwirtschaft zunehmend die Basis entzogen. Die indische Regierung setzt die britisch-indische Praxis der Verstaatlichung und Privatisierung von Gemeindeland zugunsten der Industrialisierung fort und nimmt der ländlichen Bevölkerung ihre Kontrollrechte über das Land. Ein Resultat dieser Entwicklung ist zudem die immer stärkere Arbeitsbelastung für Frauen auf dem Land.

Ein wichtiger Aspekt der Diskussion war die Behinderung effizienter Arbeit durch korrupte Bürokraten, Verwaltungszentralisierung und übermäßige Verwaltungsregulierung. Das bringe die deutschen Investoren um ihre Wettbewerbsfähigkeit und hemme ihr Engagement. Gegenüber der deutschen Entwicklungshilfe wurde eine mangelnde Koordination beklagt. So arbeiten Projekte verschiedener deutscher Träger, wie z.B. der Bundesregierung, Privatwirtschaft, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen häufig unvernetzt nebeneinander her. Zusätzlich wurde eine unabhängige Evaluierung der deutsch-indischen Entwicklungszusammenarbeit gefordert, um mehr über die tatsächlichen Folgen der Entwicklungshilfe in Indien zu erfahren. In diesem Kontext wurde von der Gutachterin Vatsala Aital vermerkt, daß zwei Drittel der Absolventen des, mit deutscher Entwicklungshilfe finanzierten, 'Indian Institute of Technology' in Madras in die USA auswandere. Hier erreicht die Entwicklungshilfe offensichtlich keine positiven Effekte für Indien!

Indien gehört sowohl zu den Schwellenländern als auch zu den ärmsten Ländern der Welt. Mittlerweile hat die Bundesregierung ihre Strategie geändert und verlagert ihre Aktivitäten, teilweise auch gegen den Wunsch der indischen Regierung, verstärkt vom modernen, gewerblichen auf soziale und Umweltbereiche, um die ländliche Bevölkerung gezielter zu fördern. Sie hat inzwischen ihren strategischen Fehler der 'Projektgebundenheit' eingesehen, da mit Maßnahmen wie 'Stahlwerk Rourkela', 'Braunkohlekombinat Neyveli' etc. keine strukturellen Effekte in Indien erzielt wurden. Die neue Konzeption sieht nun vor, sich an sektorübergreifenden Programmen zu Erosions- und Forstschutz, Basisesundheitsdiensten, Familienplanung, sozialem Wohnungsbau, Berufsausbildung oder Frauenförderung zu beteiligen. Außerdem wird versucht, die indischen und deutschen Nichtregierungsorganisationen zunehmend miteinander zu beiziehen, da diese der Projektbevölkerung meist näher stehen.

Als neue Aufgabe für die Privatwirtschaft führte Ingrid Ankirchner an, daß sie das in Indien nunmehr bestehende hohe Bildungspotential nutzen müsse, statt wie bislang Inder überwiegend nur für einfache Tätigkeiten einzustellen. Den ausländischen Investoren bliebe dann nur noch die Aufgabe "Qualitätskontrolle". Die Botschaft an die Investoren war "sich einzupassen" und nicht anzupassen. Da